



MARBURG
Die Universitätsstadt

**Informationen nach Art. 13 und 14 der
Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) i.V.m.
§ 31 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG):**

Im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten sind wir nach den o. g. Vorschriften verpflichtet, Ihnen als betroffene Person nachfolgenden Informationen zu erteilen:

Verantwortlich für die Datenerhebung:

Magistrat der Stadt Marburg, FD 15
Barfüßer Str. 52, 35037 Marburg
Tel.: 06421/201-1525, Email: wirtschaft@marburg-stadt.de

Behördliche Datenschutzbeauftragte:

Datenschutzbeauftragte
Neue Kasseler Str. 62A, 35039 Marburg
Tel.: 06421/201-1433, Email: datenschutz@marburg-stadt.de

Aufsichtsbehörde

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
Tel.: 0611/1408-0, E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de

Zweck der Datenerhebung:

Die Datenerhebung dient der Durchführung einer Veranstaltung und der Möglichkeit, über zukünftige Veranstaltungen zu informieren.

Rechtsgrundlage für die Datenerhebung und -verarbeitung:

Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt aufgrund der Einwilligung der Betroffenen nach Art. 6 Abs.1 Buch. a DS-GVO.

Übertragung der Daten an Dritte:

Eine Übertragung von Daten an unberechtigte Dritte ist nicht vorgesehen.

Dauer der Speicherung

Für Vernetzungszwecke im Bereich der Wirtschaftsförderung und Kontaktaufnahme nach der Veranstaltung bleiben die Daten vorerst gespeichert.

Rechte der Betroffenen

Bei der Erhebung personenbezogener Daten stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft - Art. 15 DS-GVO i. V. m. § 33 HDSIG

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn/sie betreffenden Daten.

Recht auf Berichtigung oder Löschung - Art. 16 und 17 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG

Das Recht auf Berichtigung und Löschung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, unrichtige Daten korrigieren oder Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen, wenn die ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, eine weitere Verarbeitung der ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verhindern, sofern eine Löschung nicht möglich ist oder einen unverhältnismäßig großen Aufwand erfordern würde

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DS-GVO i. V. m. § 35 HDSIG

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde – Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 13 HDSIG

Betroffene haben das Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (s.o.).